UNIVERSITÄT KOBLENZ · LANDAU

KoMePol Forschungsschwerpunkt Kommunikation – Medien – Politik

Working Paper Series

Arbeitspapiere und Dokumentationen des Forschungsschwerpunktes „Kommunikation, Medien und Politik"

Wortlaut der Fernsehdebatte zur Landtagswahl in Brandenburg am 19. September 2004

Jürgen Maier
Carolin Jansen

Nr. 8/2013

Arbeitspapiere und Dokumentationen des Forschungsschwerpunkts „Kommunikation, Medien und Politik“

ISSN (Online): 2195-6030

Die Arbeitspapiere und Dokumentationen des Forschungsschwerpunkts „Kommunikation, Medien und Politik“ dienen der Darstellung vorläufiger Ergebnisse, die in der Regel noch für spätere Veröffentlichungen überarbeitet werden. Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdruckes, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen – auch bei nur auszugsweiser Verwertung.

Herausgeber/Editors
Mitglieder des Steering Committees des Forschungsschwerpunkts „Kommunikation, Medien und Politik“:
Prof. Dr. Rüdiger Grimm (Fachbereich 4: Informatik)
Prof. Dr. Jürgen Maier (Fachbereich 6: Kultur- und Sozialwissenschaften)
Prof. Dr. Michaela Maier (Fachbereich 8: Psychologie)
Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli (Fachbereich 6: Kultur- und Sozialwissenschaften)
Prof. Dr. Manfred Schmitt (Fachbereich 8: Psychologie)

Wortlaut der Fernsehdebatte zur Landtagswahl in Brandenburg am 19. September 2004

Jürgen Maier
Carolin Jansen

Nr. 8/2013

Kontaktdaten der Verfasser:
Abteilung Politikwissenschaft
Institut für Sozialwissenschaften
Fachbereich 6: Kultur- und Sozialwissenschaften
Universität Koblenz-Landau, Campus Landau
Kaufhausgasse 9
76829 Landau
E-Mail: maierj@uni-landau.de, jansenc@uni-landau.de

Wortlaut der Fernsehdebatte zur Landtagswahl in Brandenburg am 19. September 2004

Jürgen Maier
Carolin Jansen

Zur Fernsehdebatte
Am 13. September 2004 wurde die einzige Fernsehdebatte im Landtagswahlkampf 2004 zwischen den drei Ministerpräsidentschaftskandidaten, Amtsinhaber Matthias Platzeck (SPD) und den Herausforderern Jörg Schönbohm (CDU) und Dagmar Enkelmann (PDS), ausgestrahlt. Die rund 55-minütige Diskussionssendung begann um 20:15 Uhr und wurde von dem öffentlich-rechtlichen Sender RBB übertragen. Unter Ausschluss von Publikum befragte die Moderatorin Petra Lidschreiber (RBB) die beiden Kandidaten.

Vorbemerkung
Der Wortlaut der Debatte wird exakt dokumentiert. Die Aussagen der drei Kandidaten sowie der zwei Moderatoren werden in 30-Sekunden-Blöcken eingeteilt. Darüber hinaus werden folgende parasprachliche Besonderheiten der Redebeiträge erfasst:[1]

(uv)	unverständliche Rede
^	parasprachlicher Einschublaut (äh, öh, ömm usw.)
-	kurze Pause
--	längere Pause
[	simultanes Sprechen
„…“	nachprüfbares wörtliches Zitat
‚…‘	sinngemäßes Zitat

[1] Die Erfassung der parasprachlichen Elemente erfolgt unter Anwendung der in Josef Klein (1990): Elefantenrunden „Drei Tage vor der Wahl“: Die ARD-ZDF-Gemeinschaftssendung 1972-1987, Baden-Baden, Teil II: Texte, S. I, entwickelten Systematik.

Transkript

Zeit	Platzeck	Schönbohm	Enkelmann	Moderatorin (Lidschreiber)
00:00:00				Schönen guten Abend, liebe Zuschauer und Zuschauerinnen und herzlich willkommen in unserem RBB-Studio. Der Countdown läuft. Am Sonntag ist es so weit. Sie haben die Wahl. Wer regiert Brandenburg? Bei uns heute zu Gast im Studio die beiden Politiker und die Politikerin, die nach den Umfragen
00:00:30	Ich grüße Sie. Hallo.	[Wunderschönen guten Abend.	[Guten Abend.	Aussichten hätten, Ministerpräsident, Ministerpräsidentin zu werden. Ich begrüße ganz herzlich Dagmar Enkelmann, Spitzenkandidatin der PDS. Schönen guten Abend Frau Enkelmann. Jörg Schönbohm, Innenminister, CDU, der mal vorhatte Brandenburg zu regieren. Schönen guten Abend, Herr Schönbohm. Und Mathias Platzeck, Ministerpräsident, (uv.) Partei bangt zur Zeit um Platz eins, ja oder nein. Schönen guten Abend, Herr Platzeck. Die Sendung soll und wird fair verlaufen. Deshalb auch
00:01:00				messen wir die Zeit, die jeder unserer Redner

		und Rednerin hat und Sie, liebe Zuschauerinnen, können sich zu jedem Zeitpunkt ein Bild davon machen, wer hat wie viel geredet. Und wir werden dafür sorgen, dass das Zeitkonto am Ende der Sendung fair und ausgeglichen ist. Unser erstes Thema. Bundespräsident Horst Köhler sorgt für Aufregung. Er hat gesagt, „die Lebensbedingungen im Land waren nie gleich und sie werden, sie können auch nie gleich sein.“ Frau Enkelmann, was ist eigentlich so
00:01:30	Also mich macht diese Feststellung ziemlich wütend und auch ziemlich fassungslos. Der Bundespräsident soll der Präsident aller Deutschen sein. Und das ausgerechnet der Bundespräsident einen wichtigen Grundsatz ^ der Verfassung der Bundesrepublik in Frage stellt, nämlich die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen, das halte ich schon für sehr verwerflich. Hinzukommt, dass sozusagen das Versprechen immer wieder gemacht worden ist,	falsch an dieser Feststellung?

		gleichwertige Bedingungen auf Ost und West zu machen und offenkundig verabschiedet man sich davon, von diesem Ziel.	
00:02:00		Und offenkundig verabschiedet man sich damit auch von der Einheit der Deutschen.	Er hat explizit gesagt, nicht nur Ost-West sondern Nord-Süd. Im Land hat es und wird es immer Unterschiede geben. Herr Schönbohm, ist es die richtige Feststellung, aber jetzt, so kurz vor den Wahlen, zum falschen Zeitpunkt?
	Also ich glaube Frau Enkelmann hat nicht gelesen, was der Bundespräsident tatsächlich gesagt hat. Ich würde es nur nochmal vorlesen. Er sagt: „Das geht von Nord nach Süd, wie von West nach Ost. (uv.) Subventionsstaat." Und dann sagt er etwas,	[Doch.	
00:02:30	dass sich „die Ostdeutschen der Solidarität der Gemeinschaft und die gemachten Zusagen verlassen können, ist klar." Und da spricht er wieder von Ost und West und ich denke, der Bundespräsident hat drei Dinge gesagt, die ich für		

	wichtig halte. Erstens, wir haben unterschiedliche Lebensverhältnisse, wie auch in Brandenburg. Lauchhammer hat eine Arbeitslosigkeit von 25 Prozent und mehr. Potsdam eine von 12 Prozent. Zum Zweiten hat er gesagt, dass die Solidarität bestehen bleibt, um die neuen Bundesländer aufzubauen. Ost und West, West und Ost,	[West und Ost.
00:03:00	Nord und Süd. Und dann hat er was Drittes gesagt, was uns ganz schmerzhaft berührt, aber es hat factum. Er hat gesagt, „wenn Menschen in ihrer Region keine Arbeit finden, müssen sie sich entscheiden, ob sie eine andere Arbeit in dieser Region annehmen, die ihnen nicht so liegt, oder ob sie weggehen.“ Und unsere Aufgabe ist es, und zwar in Ost und in West, aber mehr bei uns, dafür zu sorgen, dass die jungen Menschen nicht abwandern. Das ist unsere eigentliche Herausforderung und die hat er beschrieben. Und ich denke, wir müssen gemeinsam reden über Instrumente, wie wir die Solidarpaktmittel nutzen, um	
00:03:30	den neuen Ländern	

		wie Brandenburg so aufzubauen, damit die jungen Menschen hier bleiben, denn sonst haben wir riesige Schwierigkeiten.		
				Zu diesen Mitteln kommen wir gleich noch, aber das, was wir nun festgestellt haben, ist doch gar nichts Neues, Herr Platzeck. Sie haben auch die Augenbrauen gerunzelt über die Aussage des Bundespräsidenten. Was ist denn so falsch?
	Also, ich sage erst mal zunächst, Respekt vor dem Amt und der Person des Bundespräsidenten gebietet, dies sehr zurückhaltend zu kommentieren und trotzdem bleibe ich dabei, dass ich diese spezielle Beantwortung der einen Frage in dem Interview			
00:04:00	für unglücklich halte. Und auch unter anderem auch deshalb, weil es Sanktionsmöglichkeiten gibt. Das eine ist, dass man zur Resignation verleitet werden könnte. Ich sage ganz bewusst könnte, ich will diese Bemerkung auch nicht zu hoch hängen. Aber da ist eine Gefahr drin. Wir sind gerade in einer sehr schwierigen Phase. Und das ist mein zweiter Punkt.			

	Diese Phase ist gekenn-zeichnet dadurch, dass die Schere zwischen Ost und West sich nicht schließt, sondern auseinander geht. Ich sage es mal ganz einfach. Eine Bemerkung, wie sie der Bundespräsident gemacht hat, in einer Phase, wo wir uns aufeinander zubewegen, könnte		
00:04:30	man sagen, gut, wir sind ja dabei, es zu schaffen. Eine Bemerkung in dieser Phase, in der wir gerade sind, wo Menschen sowieso Sorgen und Nöte haben, und der Osten sich nicht so, sage ich mal, im Denken und Fühlen der gesamten Bundesrepublik angekommen fühlt, da ist es falsch. Ich sage es jetzt einfach, ist es falsch. Ich hätte mir gewünscht, dass es anders formuliert worden wäre. Ich denke aber, bin davon fest überzeugt, dass der Bundespräsident sich die Zeit nehmen wird, genau diese Richtigstellung demnächst zu tun.	[(uv.)	Ich würde gerne. Darf ich gerade ein
00:05:00			Zitat lesen für alle drei. „Es gibt eine falsche Vorstellung von der Angleichung der Lebensverhältnisse. Es wird in der Uckermark nie so aussehen wie in München herum.

	(uv.) Dazu stehe ich auch. Ich habe nur gesagt, es ist eine Frage des Maßes. Wir haben ja auch im Lande Unter-schiede, klare Un-terschiede. Aber was wir nicht zu-lassen dürfen, was aus meiner Sicht auch unsere Ver-fassung nicht her-gibt,		So wenig wird es um Stuttgart so aussehen wie im Emsland.“ Das hat gesagt Mathias Platzeck am 8.9.2003. Da war aber auch kein Wahlkampf.
00:05:30	ist, dass wir uns damit abfinden, dass man sagt, wir haben Regionen mit 5 Prozent Arbeits-losigkeit und andere mit 25 und drüber. Das darf nicht ein Zustand sein, dem wir uns ergeben. Sondern gegen diesen Zustand müssen wir ankäm-pfen. Und die Bemerkung, die hier im Moment diskutiert wird, hat zumindest das Potential in sich, dass man sagt, ‚ja mein Gott, dann lassen wir es halt so, weil das ist gottgegeben.‘ Regionale Unter-schiede, überhaupt keine Frage, die wird es geben. Es ist aber eine Frage des Maßes. Und das dürfen wir nicht überschreiten, aus meiner Sicht.		
00:06:00			Dass das alles nicht gottgegeben

	ist, sondern von Menschen und in diesem Fall von Politikern zu beeinflussen ist, dafür auch, haben wir die Wahlen und dafür auch sind unsere Spitzenkandidaten hier, um Ihnen, liebe Zuschauer, zu sagen, was sie vorhaben. Natürlich ist das beherrschende Thema Arbeit und Wirtschaft, wie könnte es anders sein. Wir zeigen Ihnen eine kleine Bilanz. MAZ: Im Wahlkampf wird versprochen, was doch so schwer zu halten ist. Arbeit für jeden, der Arbeit will und das gerecht entlohnt.
00:06:30	Wie aber soll es gehen? Arbeitslosigkeit ist in Brandenburg nach wie vor Problem Nummer eins. Jahr für Jahr, immer mehr Menschen ohne Job. Auf eine freie Stelle kommen derzeit 29 Arbeitslose. Besserung nicht in Sicht. Die Chip-Fabrik in Frankfurt an der Oder. Trauriges Symbol für Großprojekte made in Brandenburg ist sie geworden. Der Traum vom Aufschwung einer strukturarmen Region wiedermal zerplatzt. ‚Großprojekte ade‘, sagen nun die

	Parteien.
00:07:00	Der Mittelstand wird jetzt ganz groß geschrieben. Investieren soll für kleine Firmen leichter werden. Weniger Bürokratie, zinsgünstige Kredite und Bürgschaften vom Staat. Das Versprechen unisono die Wahlprogramme von CDU, SPD und PDS. Ein Streitpunkt bleibt der Flughafen Schönefeld. Das letzte Großprojekt, das Brandenburg geblieben ist. Für die SPD sind viele neue Arbeitsplätze schon in Sicht. Auch die CDU, nach wie vor,
00:07:30	puscht sie das riesige Projekt. Nur soll der Ausbau möglichst wenige belasten. Wie das geht, sagen beide Parteien nicht. Für die PDS hingegen steht fest, das Flughafenprojekt ist bisher vor allem eine Verschwendung öffentlichen Geldes. Im Wahlkampf können alle viel versprechen. Was am Ende davon übrig bleibt, weiß man vorher schließlich nicht. LIDSCHREIBER: Herr Schönbohm, auf ihren Plakaten steht unter anderem „Arbeit statt PDS“.
00:08:00	Können Sie uns das erklären?

	Ja, mache ich sehr gerne. ^ Ich mache das deswegen sehr gerne, weil die PDS sich sehr stark hier eingesetzt hat. Das kann ich verstehen. Aber sie hat nicht gesagt, dass wir Hartz IV nur dadurch in seinen Auswirkungen reduzieren können, wenn wir Arbeit schaffen. Und Arbeitsplätze schaffen. Wenn die geschafft werden. Und darum haben wir gesagt, wir sind für den Flughafen, wie Sie es dargelegt haben, Berlin-Brandenburg. Am Beispiel München kann man sehen, dass dort 20-40.000, in München sind schon 60.000, Arbeitsplätze geschaffen werden.	Das würde ich auch gerne wissen.	Der Flughafen ist aber auch gut ausgebucht.
00:08:30	Er ist gut ausgebucht, aber wir haben ja auch ^ es gibt auch Unter-suchungen, dass die Fluggastzahlen hier in Berlin ^ erheblich steigen werden, wenn es ein internationaler Flughafen ist. Und dann kommt etwas anderes hinzu. Logistik. Günstig ge-legen an einer Autobahn Richtung Polen, osteuropäi-sche Länder, dass		

	wir sagen, damit kann man Arbeitsplätze schaffen. Zweiter Punkt ist, die PDS hat sich im Landtag bei all den Diskussionen, wenn wir gesprochen haben über Ausbau von Verkehrsinfrastruktur, die wichtig ist, um vergleichbare Lebensverhältnisse in Brandenburg herzustellen, hat sich		
00:09:00	die PDS dagegen gewehrt. Und der dritte Punkt ist, wir wollen gemeinsam einen ^ das Verkehrswegebeschleunigungsgesetz. Das ist ein Bundesgesetz, das am ^im Dezember diesen Jahres ausläuft, das wollen wir verlängern. Das ist die gemeinsame Position von SPD und ^ CDU. Die PDS ist dagegen und die Grünen sind noch dagegen. Wollen wir mal sehen, wie wir zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen, denn wir brauchen dieses Gesetz, um die Solidarpaktmittel auszugeben, um die Räume von Brandenburg stärker zusammenzuführen. Das ist unsere Aufgabe. Und darum haben wir gesagt, um das auf den Punkt zu bringen, ^ Arbeit statt PDS.		
00:09:30			Frau Enkelmann, ist das ein sinnvolles Projekt

	[(uv.)	Also zunächst mal, lassen Sie mich mal herzlichen Dank an Herrn Schönbohm sagen, für diese Großfläche. Großflächen kosten einen Haufen Geld und insofern bin ich sehr dankbar für die Wahlwerbung, die Sie für die PDS gemacht habe. Ich gehe auch davon aus, dass ^ Sie sozusagen damit ein Versprechen abgeben. Also alle die, die nicht PDS wählen, können sich dann am 20.09. bei Ihnen melden um dann einen Arbeitsplatz einzufordern. Und jetzt komme ich zum Ernsthaften. Jetzt komme ich zum ernsthaften ^ Kern.	dafür die Mittel aus dem Solidarpakt auszugeben?
00:10:00		Sie haben fünf Jahre die Chance gehabt, tatsächlich Arbeitsplätze in diesem Land zu schaffen. Die Arbeitslosigkeit ist weiter nach oben gegangen. 70.000 Arbeitsplätze sind vernichtet worden. Und gucken wir uns an, was für aktive Beschäftigungsmaßnahmen in den letzten Jahren gemacht wurden. Da sind die Mittel dafür	

	[Mecklenburg-Vorpommern? [Wo Sie regieren?	von über 60 Millionen auf ganze 9 Millionen runter gefahren worden. Das heißt, ich sage. Wir können gerne über Mecklenburg Vorpommern. Wir können über Berlin reden. Wir sind hier in Brandenburg. Es geht um die Angebote, die die Parteien für Brandenburg haben. Das ist	[Lassen Sie uns und die Zuschauer das auch verstehen. Mecklenburg Vorpommern ist eine rot-rote Koalition und dort hat man einen
00:10:30		[richtig. Und da würde ich auch gerne hinkommen, weil ich denke mal, wir sind gut beraten. Wir haben eine hohe Anzahl an Arbeitslosen. Wir haben vor allem eine hohe Anzahl an Langzeitarbeitslosen. Wir sind gut beraten, wenn wir uns endlich Gedanken darum machen, wie wir tatsächlich das Problem Arbeitslosigkeit lösen. Und da ist die Frage, wie gehen wir an die Wirtschaftsförderung künftig ran? Ist es nach wie vor [Richtig. Aber Mecklenburg-Vorpommern hat zum Beispiel gezeigt, was ein anderer	öffentlich finanzierten und subventionierten Arbeits(uv.) geschaffen. [Wie wollen Sie das machen, Frau Enkelmann? In Mecklenburg Vorpommern ist die Arbeitslosigkeit noch höher als in Brandenburg mit 20 Prozent.

		Ansatz sein könnte. Nämlich zum Beispiel wesentlich stärker	
00:11:00	[(uv.)	in Regionalförderung zu gehen und Regionalförderung tatsächlich zu verbinden mit Wirtschaftsförderung, Beschäftigungsförderung, Qualifizierungsförderung. Dafür sind in Mecklenburg-Vorpommern in etwa 1.000 Arbeitsplätze geschaffen worden. Unser Vorschlag ist aus den Strukturfondmitteln der EU, die bislang in drei Ministerien in der Landesregierung sozusagen verteilt werden und dann immer zum Prinzip Gießkanne verführt, diese ^ diese Mittel tatsächlich in ein Regionalfond zusammenzuführen. Hier könnte man 150 Millionen in einen solchen Regionalfond packen und dann tatsächlich genau sagen,	[Wie macht man das?
00:11:30		was brauchen die Regionen tatsächlich konkret an Förderung. Flexibler mit Förderung umzugehen. Also da wo wir Netzwerke [Weil ich mal sage, es ist, es ist wirklich viel in Verkehrsinfrastruktur gesteckt worden ^ in den letzten Jahren	[Förderung für Straßenbau oder für Subventionen oder für Kredite?

		und genau das hat Arbeitsplätze eben nicht gebracht. Es reicht eben offenkundig nicht aus. Sondern wir müssen darüber nachdenken, wo ist tatsächlich Förderung sinnvoll. Das heißt Netzwerkförderung zum Beispiel, optische Industrie. Wir waren offenkundig beide bei dem Unternehmen gewesen in Rathenow, wo die genau sagen, wir schaffen es, große Aufträge abzuarbeiten, aber was wir nicht schaffen,	
00:12:00	Also wir sind ausgegangen eben von dem Thema Flughafen Berlin-Schönefeld, Brandenburg-Berlin	ist alles, was in Richtung Vermarktung, Messeauftritte usw. geht. Schauen wir in die Landwirtschaft [Natürlich. [Das ist das Rückgrat. Was das ist das Rückgrat, was Brandenburger Wirtschaft hat.	[Also Hilfestellung für mittelständische Unternehmen. Das ist das, was Sie mit den Geldern machen würden. Das halten wir mal fest. Das halten wir jetzt mal fest und gucken, ob man sich darauf einigen kann. Frage auch an Herrn Platzeck. Sie haben fünf Jahre lang Zeit gehabt. Warum ist es nicht besser gelaufen?

	internal. Und ich denke, da muss man auch erst mal sagen, denn das ist überhaupt nicht	
00:12:30	zu Ende geführt worden. An diesem Thema werden wir nicht rütteln lassen. Ich bin froh, dass es jetzt ein Planfest-stellungsbeschluss gibt. In Ihrem Film-beitrag war zu sehen, dass ein solches Projekt Belastungen mit sich bringt. Und da hat niemand drum herum geredet. Wir haben über 100.000 Einwendungen überarbeitet und zwar jede einzeln, weil klar ist, wer heute noch so ein Projekt initiiert, der muss auch damit rechnen, dass Men-schen davon betroff-fen sind. Und zwar nicht immer auf die angenehme Art und Weise. Und hier gilt es abzuwägen und wir haben abge-wogen und haben ganz klar gesagt,	
00:13:00	dieses Projekt wird zehntausenden Brandenburgerinnen und Brandenbur-gern Arbeit, Lohn, Brot und Pers-pektive geben. Des-halb werden wir es machen. Nehmen Sie ein ganz ein-faches Beispiel. Man kann ja sagen, Firmen könnten sich auch um die bestehenden Flug-hafensysteme rum ansiedeln. Um Te-gel herum ist noch	

	nicht mal Platz, dass auch nur eine Firma sich ansiedeln kann. Wir brauchen diesen neuen Start. Wir werden diesen neuen Start haben und er wird Brandenburg einen erheblichen Schritt nach vorne bescheren. Zweiter Punkt, der auch in Ihrem Film angesprochen war. Mich können Sie nachts halb zwei wecken, wenn ein Großprojekt auf dem Marsch		
00:13:30	nach Brandenburg ist. Wir werden alles tun, um dieses Großprojekt hier nach Brandenburg zu holen. Ich will auch mal von dieser Debatte weg, dass wir Großprojekte in irgendeiner Form verteufeln. Wir haben vor wenigen Tagen die größte Papiermaschine eingeweiht in Schwedt. Übrigens ein klassisches Großprojekt. Aber, was man realistischerweise, Frau Lidschreiber, sagt, es werden so viele Großprojekte nicht mehr den Weg nach Ostdeutschland finden. Und deshalb haben wir allen Grund, uns auf die eigenen Kräfte und Potentiale zu besinnen. Und diese auch zu wecken und zu pflegen und zu fördern.		
00:14:00			Wobei wir ja auch ein paar Investoren, auch

	Ja, das kann ich näher beschreiben. Das ist auch		ausländische, haben, die den Weg ins Land gefunden haben und noch tun werden. Aber das sagen Sie auch in Ihrem Wahlprogramm. Sie wollen jetzt Mittelstand fördern. Das wollen Sie alle drei eigentlich. Und da fällt manchmal das magische Wort von der Clusterbildung. Das heißt, ein Industriezentrum in einem Teil der Region, aber nicht mit der Erwartung, dass wir das ganze Land gleichermaßen mit Wirtschaftsunternehmen ausstatten können. Können Sie das näher beschreiben?
00:14:30	eine Art Selbstschutz. Weil, wenn wir es nicht schaffen, solche Netzwerke von Firmen zu bilden, die nicht nur stabil sind im Sinne wie eben gesagt, dass sie überhaupt. Wir haben halt sehr viele kleine Firmen in Brandenburg. Die also nicht nur stabil sind, weil sie sich verbünden, sondern die auch Flucht verhindern. Weil, wir haben ja nun natürlich die Angst, die ist überall in Ostdeutschland verbreitet, dass Firmen, die sich gera-		

	de etabliert haben, dann mal rüberillern Richtung Osteuropa und sich sagen, die Lohnkosten, die da bei einem Drittel liegen, die verleiten uns, zu flüchten. Wie kann man das verhindern?		
00:15:00	Doch nicht mit guten Worten und auch nicht mit dem Niedriglohnwettbewerb. Den würden wir in unserer Gesellschaft nicht bestehen. Wir haben ein einziges Fund, mit dem wir wuchern können. Die müssen in ein Netz eingebunden werden von Hochschulen, Universitäten, Zulieferfirmen, exzellenten Mitarbeitern, besten Rahmenbedingungen, exzellenter Infrastruktur. Wenn sie da eingebunden sind, dann werden sie den Weg woandershin nicht suchen, werden nicht mal suchen können. Und das muss unsere Anstrengung sein, die wir auch im letzten, in der letzten Zeit schon nicht erfolglos unternommen haben.		[Sie sind im Grunde dann wie der Hausarzt, der zwischen den
00:15:30			Fachärzten die Drähte zieht und alle Daten beisammen hält für den Mittelstand. Frau Enkelmann, dagegen kann man doch eigentlich

		[Ich will trotzdem, weil Sie vorhin noch nach dem Flughafen gefragt haben, würde ich ganz gerne. Also zum Mittelstand habe ich ja vorhin Beispiele genannt, was getan werden muss. Wir brauchen unbedingt einen Bürgschaftsfond für Brandenburger Unternehmen, auch vor allen Dingen für den Mittelstand. Die sind heute in einer Situation, wo sie tatsächlich neu investieren müssten. Die gehen zur Bank oder zur Sparkasse. Dort wird ihnen gesagt: ‚Zahlen Sie erst mal Ihren Kredit ^ ab‘. Es ist ein klassischer Fall, wenn Wirtschaftlichkeit gegeben ist für	nichts sagen. Förderung von Mittelstand? Das ist doch ein Rezept für dieses Land.
00:16:00	[Das ist das, was wir tagtäglich tun. [(uv.)	diese Unternehmen, tatsächlich mit Bürgschaft zu helfen, dass sie über diese Schwelle tatsächlich hinauskommen. Aber lassen Sie mich trotzdem (uv.) Lassen Sie mich noch. Dazu müssten wir zum Beispiel die Strukturen schaffen und die haben wir nicht. Wir müssten beispielsweise	[(uv.) also Einmischung des Staates, ja?

			darüber nachdenken, in wie weit wir die Brandenburger Landesbank tatsächlich in eine Mittelstandsbank umfunktionieren. Das ist möglich. Ich will trotzdem noch ein Wort zum Flughafen sagen und zum Stichwort Großprojekte. [Weil Sie hatten mich danach gefragt und da würde ich ganz gerne doch ein Wort sagen. Immerhin sind eine Milliarde Euro in Großprojekte und in den Märkten gesetzt worden.	[Frau Enkelmann, lassen Sie uns dabei bleiben, weil zum Flughafen haben wir am Schluss nochmal. Lassen Sie uns [Lassen Sie uns
00:16:30	[Ihre erste Bemerkung zum Flughafen war : ‚Dieser Flughafen nicht mit uns.' Und das wäre. Das ist. Genau das haben Sie gesagt und das wäre verwerflich.	[Da würde ich gerne mal was zu sagen.	Insofern sind wir, was den Flughafen anbetrifft. Insofern sind wir, was den Flughafen anbetrifft, sehr wohl gefordert über Wirtschaftlichkeit nachzudenken und ein tragfähiges Finanzierungskonzept vorzulegen. Und das ist die Forderung, die die PDS stellt. [Das haben wir so nicht gesagt. [Das ist eine Unterstellung. Das stimmt einfach nicht.	[Das hatten wir vorhin auch gesehen. Wir wollen jetzt nach vorne gucken. So. Und das wollen wir nochmal abarbeiten. Tragfähiges Finanzierungskonzept. Herr Schönbohm.

	[Da bin ich ja froh, wenn Sie jetzt anderer Meinung sind.	[Ja	[Wir sind gefordert mit den öffent-lichen Mitteln	[Flughafen haben wir jetzt erst mal. [Bitte an alle Drei. [Bitte an alle Drei. [Wir sind
00:17:00		[(uv.) Nein. Wir machen das ja schon. Und ^ man muss da verschiedene ^ Fälle ^ unter-scheiden. Einmal, wenn jemand ein Unternehmen grün-det, dann bekommt er Kredite und Bürgschaften. Wenn ein Unternehmen erfolgreich ist und expandiert, bekommt er auch Bürgschaften oder Fördermittel. Je nach dem, um welchen Sach-verhalt es ^ geht. Wenn ein ^ Unternehmen	sinnvoll und verantwortungsbe wusst	[Alle Drei, bitte. Wir sind jetzt bei der Förderung für den Mittelstand. Das wollen die Zuschauer nämlich verstehen. Herr Schönbohm, Bürgschaften. Hätten Sie dagegen etwas einzuwenden?
00:17:30		Zahlungsschwierig-keiten hat, weil ein Zahlungspflichtiger ^ sozusagen in In-solvenz gegangen ist und das nicht bezahlen kann und eine gute Auftrags-lage hat Ja, das kommt ja		[Oder nicht wollte. Die Zahlungsmoral ist ja nicht immer gut.

	vor. Wenn dieses Unternehmen eine wirtschaftliche Perspektive hat, dann haben wir ein Konsolisierung ^Konsolisierungsfond, wo wir Mittel bereitstellen, um diesem Unternehmen zu helfen. Also das, glaube ich, funktioniert. Aber ich würde gerne nochmal was zum Thema Clustern sagen. [Wir ist die Landesregierung, im Wesentlichen der Wirtschaftsminister gemeinsam	[Darf ich nochmal fragen. Wer ist wir? Das ist – die Bank?
00:18:00	mit den ^ Investitions-Landesbank und mit dem Finanzministerium. [Die Investitions-Landesbank prüft das, ^ sozusagen ^ Bankaufsicht, banktechnisch. Und der ^ Wirtschaftsminister muss das prüfen im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang, dass nicht etwas gefördert wird, was wir schon drei Mal haben, wo es große Schwierig-keiten gibt. Darum fördern wir zum Beispiel Tourismus nur noch in Sonderfällen. Bestimmte Regionen, wo wir schon wirtschaftliche Schwierigkeiten mit Unternehmen haben, werden nicht mehr gefördert. Es wird also gezielt gefördert. Da muss das,	Und wer prüft das? Wer hat mehr Wissen, als eine Bank das hätte?

		was Sie von der Gießkanne sagen, Frau Enkelmann,		
00:18:30	Frau Lidschreiber, wir sind verpflichtet dazu. Und natürlich haben wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir geben hunderte Millionen Fördergelder aus. Das sind Steuergelder. Das ist Geld des Bürgers. Und da müssen wir natürlich ganz selbstverständlich auch Leute haben	wirklich ^ sachfremd. Ich würde gerne was zu Clustern ganz kurz sagen. [Ja.		Lassen Sie mich noch eines ganz kurz nachfragen. Haben Sie denn Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter, die kompetent sind, etwas zu wissen, was möglicherweise die kommerziellen Banken nicht wüssten? Ist das die Aufgabe des Staates, sich so einzuarbeiten?
00:19:00	und zwar gute Leute, die genau hingucken, ob es an die richtigen Stellen geht. Und an dem Punkt will ich nochmal sagen, weil wir ganz schnell Wollte ich ja gerade sagen, Frau Lid-			[Und wie stellen Sie sicher, dass wir dann nicht nochmal. Ich will auf der Chip-Fabrik und auf LES nicht rumreiten. Wie stellen wir sicher, dass sich das nicht wiederholt?

	schreiber, genau das wollte ich sa-gen. Es gibt immer diese schönen, wunderbaren drei Beispiele, warum angeblich alle größeren Projekte in Brandenburg ge-scheitert sind, was ja definitiv nach-weisbar, kann man ganz sachlich auf-listen, nicht stimmt. Weil von 50 Großprojekten 47 ganz hervorragend in diesem Land,	
00:19:30	glücklicherweise, weil sie zehntausenden Menschen Arbeit geben. Aber nehmen Sie mal dieses klassische Beispiel Cargolifter, wo man sagen könnte, da haben eure Einschätzer ja versagt. Dieses Modell Cargolifter, diese Technologie leichter als Luft, ist von der gesamten Fachwelt seinerzeit sehr positiv beurteilt worden. Und tau-sende Aktionäre, darunter viele Inge-nieure, haben sich diesem Modell ver-schrieben, diesem dieser Technologie, haben ihr Geld dort mit reingegeben. Und andere Bundesländer stan-den übrigens auch an, um zu fördern. Ich frage jetzt mal umgekehrt.	
00:20:00	Hätten wir diesen Mut zum Risiko nicht gehabt, dieses Risiko hat sich nicht positiv erfüllt, keine	

	Frage. Bayern hätte es gemacht. Ich sage mal in den Anführungsstrichen schon wieder gemacht, hätten alle gesagt, ‚Ihr in Brandenburg seid wirklich zu blöde mal zu erkennen, wo eine Zukunftstechnologie ist‘. Und Brogowski hat gerade letzte Woche in Schwedt gesagt (uv.) Präsident: ‚Wer nicht bereit ist, auch mal ein Risiko zu fördern, wird keine Entwicklung in seiner Wirtschaft haben.' Und ich denke, das ist ein Satz, der gilt.			[Aber was lernen wir jetzt daraus? [Aber wir halten fest, Sie haben daraus gelernt. Sie wollen beratend tätig werden und Sie werden sich dafür einsetzen,
00:20:30		Ich wollte nur sagen, ^ Cluster ist immer ein Wort, ^ letzten drei Monaten bekannt gewordenes, das vorher kaum jemand kannte. Also was damit gemeint ist, dass Industriebereiche sich zusammen tun. Sagen wir mal, in meinem Wahlkreis Teltow, Stahnsdorf, Kleinmachnow, hat sich aus der Akademie der zweiten Lebenshälfte in Teltow heraus, haben sich Institute		dass es diese Clusterbildung gibt, von dem Herrn Schönbohm uns nochmal genau erklärt, was das ist.

	gegründet und aus den Instituten heraus haben sich Unternehmen gegründet. Dort findet eine Vernetzung statt. Da braucht der Staat gar nicht einzugreifen. Das machen die selber und wir müssen sehr stark		
00:21:00	darauf setzen, die Eigeninitiative der Unternehmen fördern und daraus bilden sich dann Cluster. Die Frage ist, wie wir die entfernter liegenden Bereiche aus Brandenburg sozusagen auch an erfolgreiche Cluster anschließen können. Da komme ich wieder zu Ihnen, Frau Enkelmann. Es ist ganz wichtig, die Verkehrsverbindung. Alles, was die Menschen in einer dreiviertel Stunde bis Stunde verkehrstechnisch erreichen mit dem Regionalexpress, mit dem öffentlichen Personennahverkehr oder mit dem eigenen PKW, das sind zumutbare Arbeitsstätten. Das nehmen sie auch von sich aus an. Die Menschen sind so frei, dies selber zu entscheiden. [Ja.		So dass es dann, wenn es da Arbeit gäbe, die Menschen auch dort
00:21:30	[Zum. Ja. [Zum Beispiel wir haben in (uv.)		in diesen Betrieben, beziehungsweise Dienstleistung, was sich rund herum bilden

	könnte, zu arbeiten. Sie haben ein schönes Stichwort gegeben. Cluster, das ^ wusste bis vor kurzem kaum einer, was das bedeutet. Das gibt mir die Gelegenheit zum Thema Bildung überzuleiten, liebe Zuschauer. Das ist natürlich auch ein großer Bereich, den natürlich viele von Ihnen und uns alle beschäftigen muss, denn es geht um die Zukunft unserer Kinder und damit um nichts weniger, als um die Zukunft im Land.
00:22:00	MAZ: Brandenburg kommen die Schüler abhanden. In den nächsten Jahren müssen 150 Schulen schließen. Die Bildungslandschaft neu organisieren, die Aufgabe hat die Politik. Wie lange sollen Schüler gemeinsam lernen, wird es Real- und Gesamtschulen noch geben? Bildung und die Formel zum Glück. Jede Partei hat ihre eigene. Sechs plus sechs, vier plus acht, oder zehn plus zwei. Zumindest beim Ergebnis sind sich alle einig. Nach zwölf Jahren Abitur, summa summarum
00:22:30	der kleinste gemeinsame Nenner in Sachen

	Bildungspolitik. Sechs plus sechs, rechnet die SPD. Sechs Jahre Grundschule, dann können die Schüler, je nach Leistung, getrennte Wege gehen. Fremdsprache schon ab Klasse eins. Jeder Zweite soll es bis zum Abi schaffen. In Sachen Bildung wird finnisch gesprochen bei der SPD. Vier plus acht rechnet die CDU. Nur vier Jahre gemeinsam lernen, dann ist Schluss mit Kuschelpädagogik. Mehr Mathe und Deutsch sollen Brandenburgs Schüler pauken.
00:23:00	Ansonsten Disziplin, Ordnung. Das ist der Bildungskurs der CDU, am liebsten mit Kopfnoten für Fleiß und Betragen. Zehn plus zwei, rechnet die PDS. Für Kritiker ist es die Wiederkehr der Einheitsschule. Die PDS will damit kleine Schulstandorte im Land erhalten. Brandenburgs Nachwuchs soll möglichst lange gemeinsam lernen und wieder gratis zur Schule fahren. Sechs plus sechs, vier plus
00:23:30	acht oder zehn plus zwei. Welche Formeln am besten zusammenpassen, wird nach der Wahl entschieden.

		LIDSCHREIBER: So und da wollen wir gleich noch ein kleines Zahlenbeispiel anhängen, liebe Zuschauer. Ein kleiner Überblick über die Zeitbilanz. Bislang liegt die SPD hinten, was die Redezeit des Ministerpräsidenten angeht, gefolgt von der CDU, was die Redezeit von Herrn Schönbohm angeht und Frau Enkelmann hat inzwischen ein bisschen weniger noch von ihren Wortbeiträgen verbraucht. Frau Enkelmann,
00:24:00	Richtig. Wir brauchen eine Förderung. Aber das ist ^ sozusagen auch in den Schulen ^ Schulmodellen denkbar, die wir uns vorstellen. ^ Sie haben zehn plus zwei. ^ Wir sind noch ziemlich offen in der Diskussion, weil ich denke, noch wird man mit Lehrerinnen und Lehrern gemeinsam, auch mit Unternehmern zum Beispiel, reden müssen, was ist tatsächlich das Modell, was am	ist es nicht Gleichmacherei? Ist es, was wir brauchen, nicht Förderung? Förderung von begabten Kindern schon sehr früh?

	griffigsten ist und was am besten tatsächlich ^ die Bedingungen schafft dafür, dass dann auch	
00:24:30	ein Übergang zum Studium, zum Abitur, beziehungsweise auch zur Ausbildung erfolgen kann. Das wäre also durchaus denkbar auch neun Jahre gemeinsam zu g-hen, dann den Wechsel zum Gymnasium ^ zu erreichen und das zehnte Jahr wirklich zu nutzen für die Vorbereitung zur Ausbildung, zum Beispiel. Das ist eine ganz wichtige Frage, über die wir nachdenken müssen. Und wir sollten nicht nur über Strukturen nachdenken, sondern vor allen Dingen auch über Qualität von Bildung nachdenken. Und dazu gehört natürlich genau die Frage, inwieweit gelingt es besser die zu fördern, die zu besseren Leistungen tatsächlich in der Lage sind, Begabte zu fördern. Das heißt eben über Teilungsunterrichte zum Beispiel nachzudenken,	
00:25:00	über Förderunterrichte ^ nachzudenken, Kurssysteme nachzudenken.	

	Was wir aber brauchen, und das ist die allererste Frage, die wir uns stellen müssen: wollen wir tatsächlich zulassen, dass im nächsten Jahr 100, fast 150 Schulen geschlossen werden? In diesem Jahr sind über 30 Schulen geschlossen worden. Das heißt, die Schulwege werden immer weiter, werden immer länger. Und was wir bereits wissen von vielen Wissenschaftlern ist, dass Schüler, die lange Schulwege hinter sich bringen müssen, dass die über schlechtere Bedingungen verfügen und zumeist auch nicht so leistungsstark sind wie andere.	[Was ist Ihr
00:25:30	Das wichtigste Motiv ist überhaupt Chancengleichheit für Kinder zu erreichen. Das heißt chancengleiche Lebensbedingungen zu erreichen,	wichtigstes Motiv für diesen Vorschlag? Dass wir weniger Schulen schließen müssen, oder dass wir im PISA-Vergleich, der ja für Brandenburg miserabel ausgefallen ist, eine Chance haben, weiter nach vorne zu kommen?

		chancengleichen Zugang zu Bildung zu erreichen und damit auch die besten Ausgangsbedingungen für dann weiterführende Bildung, beziehungsweise für das Studium, zu erreichen. Das ist das wichtigste Motiv, was wir haben.	Herr Schönbohm, der Beitrag hat es gesagt,
			man spricht finnisch. Das Beispiel von erfolgreichen Ländern wie Finnland macht uns vor, Förderung von Kindern so früh wie nur irgend möglich, aber so lang beisammen wie nur irgend möglich. Warum jetzt ihr Vorstoß vier Grundschulklassen?
00:26:00	Ich glaube, Finnland hat ganz andere Voraussetzungen, auch von der Tradition her. Darum haben wir gesagt, wir wollen es pragmatisch machen und zwar an den Ländern orientieren, die in Deutschland auf der Basis, ^ auch der Erfahrung aus der DDR, erfolgreich sind. Das ist das Bundesland Sachsen. Das Bundesland Sachsen hat eine vierjährige Grundschule,		
00:26:30	vier plus acht macht nach zwölf Jahren das Abitur. Als da-		

	mals Brandenburg sich entschlossen hat, dass Abitur auf dreizehn Jahre ^ zu erhöhen und vor allem viele Gesamtschulen einzuführen. Wir haben fast ein Drittel aller Gesamtschulen Deutschlands in Brandenburg. Gesamtschulen, nach denen der damalige NRW-Wirtschaftsminister und spätere Ministerpräsident Clement sagte, ‚die Entscheidung zu Gesamtschulen war falsch‘. Und darum müssen wir sie korrigieren. Darum sage ich, wir müssen jetzt [Weil, weil das Prinzip Weil das Prinzip nicht funktioniert		[Weil das Prinzip falsch ist oder weil diese Gesamtschulen nicht gut waren?
00:27:00	und der Aufwand, rund 20 Prozent mehr Personalaufwand dafür erforderlich ist. Und darum sagen wir, wir wollen im Gegensatz zu dem, was behauptet wird, eine sechsjährige Grundschule. Wir wollen allerdings, dass der Übergang auf das Gymnasium nach der vierten Klasse möglich ist. Die anderen Schüler bleiben zusammen. Und nach der sechsjährigen Grundschule gehen sie dann in eine erweiterte Realschule, in der man einen Hauptschulabschluss machen kann und dann Re-		

	alschulabschluss. Wieso? Die, die übrig bleiben. Wir haben zunächst mal dieses System.		Darf ich nochmal einhaken. Die besten verlassen dann also die Klasse und die, die übrig bleiben, haben das Gefühl, sie sind die Verlierer?
00:27:30	Hat sich in Deutschland ja, wie wir wissen, sehr bewährt. Es gibt nur zwei Länder mit sechsjähriger Grundschule. Das ist Berlin und Brandenburg. Und wir glauben, dass bevor die Pubertät einsetzt, es gut ist für die Kinder, wenn diese Entscheidung getroffen ist. Und es ist ja möglich, das System so durchlässig zu gestalten, dass man dann auch später ^ von der Realschule noch das Gymnasium machen kann. Dann gibt es sogar sogar den qualifizierten Hauptschulabschluss, der einen befähigt, die Realschule zu besuchen und später das Abitur zu machen. Also die Durchlässigkeit müsste man auf jeden Fall		
00:28:00	erreichen. Und nun (uv.) Wir sind PISA 15. Wir haben lange Zeit in Brandenburg, in den ersten neun Jahren, das hat ja auch der Kollege Reiche gesagt,		

		Fehler gemacht in der Schulpolitik. Wir konnten die bis jetzt nicht ausgleichen. Wir wollen stärkere Leistungsbewertung ^ Leistungsmessung und wir wollen auch Kopfnoten in der Tat, weil wir glauben, dass das Sozialverhalten der Kinder in der Schule von großer Bedeutung ist für den Zeitpunkt, wenn sie übergehen in das Familienleben. Und wir wollen, dass Unterricht mehr im Klassenverband ist, weil das der Sozialistation, der	
00:28:30	Also ich habe es immer wieder gesagt, ich bin überzeugter Anhänger der sechsjährigen, gemeinsamen Grundschule. Das hat nicht nur damit was zu tun, dass ich selber ein sechs-plus-sechs-Kind bin. Das war ja noch zu DDR-Zeiten. Aber ich glaube, dass es mindestens zwei	Entwicklung, der Kinder hilfreich ist.	[Also das ist Ihr Rezept, den Bildungsstandard zu heben. Herr Platzeck, Sie wollen auch an der sechs Jahre, an dem sechs Jahre Modell festhalten. Könnten Sie, sollten Sie in Zukunft weiter koalieren, sich an diesem Punkt miteinander einigen?
00:29:00	Begründungsschemata auch hat. Zum		

	einen halte ich es sozial und pädagogisch für überhaupt nicht sinnig, die Kinder ab der vierten Klasse schon auseinander zu sortieren. Dann kann man so viel Durchlässigkeit versuchen zu schaffen, wie man will. Für Brandenburg hieße das ganz konkret, wenn man diesen Schritt geht, und da glaube ich den Berechnungsbeispielen der Kollegen der CDU kein bisschen, dass man 150 bis 200 Grundschulen zusätzlich, zusätzlich schließen, schließen müsste. Zweiter Punkt.	[(uv.) muss ich sagen, dass dies eine falsche Aussage ist. Das ist wirklich falsch, Herr Platzeck. – Das ist falsch. Ich möchte nur sagen, dass diese Aussage falsch ist.		[(uv.) [(uv.)
00:29:30	Ein zweiter Punkt, ich bin. Ja 150 bis 200, wenn wir diesem Vorschlag folgen würden. Ein zweiter Punkt ist, ich würde nur noch darauf zu Ende	[Ja. [(uv.) Die Aussage ist deswegen falsch, weil Herr Platzeck ausgeht von Berechnungsmodi, die jetzt zugrunde liegen. Wir werden mit dem Einsparen, schrittweise Einsparen der Gesamtschule, viele Lehrer freisetzen. Wir werden damit ein anderes Leh-		[Der Reihe nach, sonst verstehen es die Zuschauer nicht. Herr Platzeck, wie viele Schulen müssen wir schließen? Herr Schönbohm? [Er muss darauf. Lassen Sie ihn antworten und dann machen wir weiter

		rer-Schüler-Verhältnis haben und kommen dann zu ganz anderen Berechnungsmodi.		
00:30:00		Darum finde ich das nicht fair, wie Sie das sagen. Aber der entscheidende Punkt ist, wir wollen nach der vierten Klasse, denn mit dem Modell Platzeck können sie nach zwölf Jahren das Abitur nicht machen, weil das in Deutschland nicht anerkannt ist, sechs plus sechs.		[Aber auch [Aber auch für unsere Zuschauer, Ihre Wähler, Sie sagen, wir müssen keine Schulen schließen mit Ihrem Modell?
		Schulen schließen müssen wir in allen Bereichen, weil wir weniger Kinder haben. Das ist unstrittig. 150 nicht.		[Aber nicht 150. Das war Ihr. Herr Platzeck.
	Ich sage nochmal, alle Berechnungen sagen sehr klar, dass das dazu führen würde, dass wir 150 bis 200 Grundschulen schließen müssten. Ich glaube, dass das nicht mehr zumutbar ist.			
00:30:30	Weil, wir haben schon ein riesen Problem und da kommen wir zur nächsten Stufe. weiterführende Schule. Ich glaube, dass wir wegen der geringen Schülerdichte, und da ist			

	schon sehr viel durchaus mit Finnland vergleichbar. Und in Ihrem Beitrag wurde da auf DDR-Zeiten rekurriert. Meine, die Möglichkeit haben wir uns auch vergeben mal zu gucken, was in der Bildungsstruktur, in der Schulstruktur zu DDR-Zeiten sinnvoll war und was ideologischer Blödsinn war. Wir haben das beides in einen Topf geschmissen und gleich alles in den Abfalleimer getan. Und jetzt kommen wir sukzessive und manchmal über einen Umweg, Finnland		
00:31:00	Wohlgemerkt, wieder zurück zur vernünftigen, strukturellen Ansätzen. Denn wenn wir eine geringere Schülerdichte haben, müssen wir mit einem ganz klaren, mit einer ganz klaren Schul- Ja klar. Müssen wir ganz klar strukturieren, um erreichbar, ein qualitativ hochstehendes Angebot zu machen. Deshalb sagen wir, nach der sechsjährigen gemeinsamen Grundschule sollen die Sekundarschule und das Gymnasium folgen. Dann können wir zumindest in der Situation, in der wir sind, die nicht beneidenswert ist. Der Schülerrückgang in Brandenburg wird, sagen Bevölkerungs-		[Also wenig Schüler pro Ort? [Also die Schulen so verteilen, dass alle Kinder die gut erreichen können?

	forscher, wird,			
00:31:30	das hat es seit dem 30-jährigen Krieg nicht mehr gegeben, dass 50 Prozent der Schüler von einem Jahr zum nächsten fehlen. Das ist der Knick von 1990. Aber wenn wir diese Struktur, sechsjährige Grundschule, Sekundarschule und Gymnasium, ins Leben setzen, dann können wir gute Qualität in der ganzen Fläche des Landes anbieten. Und deshalb lassen wir da auch nicht viel mit uns reden.	[Wollen Sie das Abitur nach 12 Jahren? Das ist ja noch die Frage? [Das Abitur mit 12 Jahren geht mit 6 plus 6.		Wir haben. – Das haben wir jetzt gesehen, dass das noch ein Knackpunkt sein könnte, würde diese Koalition fortgesetzt. Fläche des Landes. Die Schüler müssen die Schulen
00:32:00			Also wir haben eine Schulpflicht im Land Brandenburg und das müsste auch die Pflicht beinhalten tatsächlich einer öffentlichen Förderung für die Schülerbeförderung. Es kann nicht sein, dass Eltern und Schüler bestraft werden dafür, dass Schulen geschlossen	auch erreichen können. Frau Enkelmann, Sie werben mit kostenloser Schülerbeförderung. Wie wollen Sie denn das bezahlen? [Wie bezahlen Sie das? Dass das wünschenswert ist, das ist ja klar.

	werden und dass sie weitere Wege zurücklegen müssen. Wir haben. Wir haben den Vorschlag bereits an die Haushaltsberatung mit eingebracht. Als sozusagen die Zweckbindung für die Schülerbeförderung gefallen ist. Wir haben vorgeschlagen,	
00:32:30	tatsächlich den Haushalt auf den Prüfstand zu stellen. Hier gibt es Mittel, zum Beispiel bei der Umstrukturierung von Förderprogrammen, bei der Konzentration von Förderprogrammen ist es möglich tatsächlich Geld freizuschaufeln. Und wir haben da den Nachweis erbracht in der Haushaltsberatung, dass man tatsächlich diese 35 Millionen noch einbringen kann.	
		Wo zieht man die ab? Die fallen ja nicht vom Himmel.
	Also die kommen zum Beispiel aus der Konzentration von Fördermitteln. Es muss nicht sein, dass die Förderprogramme tatsächlich in verschiedenen Ministerien aufgegliedert werden, sondern wir wollen jetzt eine. Nee, nee, nee. Es geht nicht um Schulen,	[Die Förderprogramme für Schulen speziell?

			sondern es geht generell um Förderprogramme,	
00:33:00		[Da kriegen Sie doch kein Geld.	die es im Land Brandenburg gibt. Hier kann man, die kann man zusammenführen und dann kann man tatsächlich durch Verwaltung und. Ja natürlich kann man da einiges ^ kann man da einiges ^ einsparen. [Wir müssen ohnehin. Wir sind ohnehin gefordert, diesen Haushalt insgesamt auf den Prüfstand zu stellen. Er kann nicht so bleiben, wie er ist, wenn wir tatsächlich das, was wir wollen. Und andere Bildung, andere Bildungsstrukturen kosten letzten Endes auch Geld, darüber sind wir uns im Klaren. Das heißt, wir müssen sehen, was ist im Haushalt möglich. Und es	[Also Sie meinen ein Bereich gibt drei 3,50 Euro für ein Straße aus, ein Bereich für eine Brücke und ein Bereich für eine Schule. Und wenn Sie das bündeln, dann spart das Geld?
00:33:30	[Frau Lidschreiber, ein Einspruch muss mal erlaubt sein. Wir haben gerade ein Schul(uv.)entwick-		ist im Haushalt einiges an Umschichtung möglich.	(uv.)

	lungskonzept beschlossen, was unter anderem beinhaltet, dass die Schüler-Lehrer-Relation in Brandenburg in den nächsten Jahren von 18 Lehrern, 18 Schüler auf einen Lehrer, auf 14, bundesweit dann durchaus vorzeigbar mit Spitze, wächst, sich verbessert. Das ist ein unheimlich teures Programm für die nächsten Jahre. Und jeder, und da warne ich auch vor, Frau Enkelmann, Sie können nicht immer Hoffnungen wecken, dass irgendwo noch Geld da ist.		
00:34:00	Sie sagen immer, man müsste es nur anders bündeln und schon ist Geld da. Das ist ein teures Programm, was ich für gerechtfertigt halte im Interesse unserer Kinder. Aber es gibt Grenzen. Unser Haushalt ist kurz vor dem Zusammenbruch. Das muss man mal ganz klar sagen. Und wir bürden jede Schuldenlast, die wir jetzt noch aufnehmen, gerade den Kindern auf, über die wir reden. Und die sollen auch noch ein Stück Zukunft haben. Da muss man wirklich irgendwo Grenzen setzen. [Das weckt immer Hoffnung.	[Nein. Das ist nicht richtig. [Also. Es ist nicht nur die Bündelung. Es ist wirklich jeder Posten auf dem Prüfstein. Also alles, was mit Landesbeteiligung	

			zusammenhängt, Gutachten, (uv.). 20 Millionen könnte	
00:34:30	[Wir müssten nur genau prüfen und schon sind 100 Millionen da. Also eins, denke ich, ist	[(uv.) [Nein. [(uv.)	man dort holen. Nein es gibt. Dieser Haushalt lässt hat tatsächlich Luft und ich sage mal, man hat einen Haufen Gutachten in den Ministerien in Auftrag gegeben. Also es gibt Möglichkeiten. Wir haben den Vorschlag eingebracht in die Haushaltsberatung. Die Möglichkeit besteht.	[Das haben wir jetzt geklärt. Nicht geklärt, aber wir kennen [Wir kennen jetzt die Positionen. Lassen Sie mich noch was fragen zu den Kitas. Sie fordern alle, oder möchten alle, das letzte Jahr, Betreuungsjahr soll kostenlos sein. Ist das nicht schon zu spät? Müssten die Kinder nicht schon viel früher in die Vorschulen oder Kitas?
00:35:00	hundertprozentig sicher. Übrigens, da haben wir auch einen Fehler gemacht, das muss man auch mal ganz klar sagen. Und zwar insbesondere bei Eltern, die arbeitslos sind. Ich denke, dass es sinnvoll ist und wir heftig diskutieren müssen, dass gerade Kinder von Eltern, die arbeitslos sind, die also sozial in einer sehr schwierigen Situation sind, das weiß jeder, der damit zu tun hat und jemand kennt, gerade die brauchen eigentlich diese soziale Bindung, die Betreuung, in Teilen auch die Beziehung,				

	die nicht in den Haushalten exzellent geleistet werden kann, wo Eltern mit sich beschäftigt sind, weil sie in sozialen Nöten sind.		
00:35:30	Ansonsten haben wir klipp und klar gesagt, wir haben in Brandenburg bundesweit ein hervorragendes Kinderbetreuungssystem, von Null bis zum sechsten Lebensjahr. Wir werden an diesem Betreuungssystem nicht mehr rütteln lassen. Wir haben ein System, was eine, ich sag es nochmal, eine exzellente Kinderbetreuung. Wenn Sie alleine sehen im Bereich von null bis drei Jahren		[Lassen Sie mich nochmal fragen nach zweijährigem Kitabeginn. Also zwei Jahre, das können wir uns nicht leisten. Wünschenswert wäre es, aber wir können es uns nicht leisten. [Die – Die Frage war: Kostenloser Kitabesuch für Kinder ab zwei Jahren?
00:36:00	Lassen Sie uns mal gemeinsam und das wird eine gesamte also eine Anstrengung, die geht nicht nur in einem Bundesland, das ist eine gesamtdeutsche Anstrengung. Lassen Sie uns darauf hinarbeiten. Das letzte, das letzte Jahr vor der Schule vielleicht mit diesem Limbus versehen zu können. Da wären		

	wir schon einen riesigen Schritt weiter, aber wir kämpfen doch im Moment um was ganz anderes. Wir kämpfen doch erst mal darum, unser Betreuungssystem überhaupt zu erhalten.		[Also das wäre. Das wäre ein Wunsch, den ich auch hätte, sage aber gleich dazu,	[Lassen Sie uns das mal abhaken. Frau Enkelmann, halten Sie das wichtig, dass Kinder ab zwei Jahren und dann müsste es ja kostenlos sein, um den Anreiz zu geben in die Kindergärten, in die Kitas zu gehen?
00:36:30			gegenwärtig tatsächlich nicht finanzierbar. Deswegen wäre eine Einigung tatsächlich auch das kostenfreie Vorschuljahr wäre schon wichtig, weil wir wissen, dass viele Kinder heute schon nicht mehr die Kita besuchen. Das heißt damit auch ungleiche Chancen haben für den Zugang zur Schule. Und hier kann man ein Stück weit ausgleichen, wenn man tatsächlich dieses eine Jahr, wenigstens dieses eine Jahr so gestaltet, dass alle Kinder den Zugang haben zu dieser Vorschule. Und damit mit annähernd gleichen Bedin-	

	[Ich möchte doch mal	gungen dann die Schule beginnt.	So. Das ist das Stichwort.
00:37:00	ganz kurz noch was dazu sagen. Ja aber ^^ zu ^^ zu der Aussage des Ministerpräsidenten. Dass im Grunde genommen arbeitslose Eltern – ich sage mal, das ist der Kern der Aussage, arbeitslose Eltern sich nicht um die Kinder kümmern können. Also ich glaube, so weit kann man nicht gehen. Ich denke, auch Arbeitslose werden an den Kindern Freude haben und werden sich um die Kinder kümmern und werden sich für sie einsetzen, weil sie sagen, es sind meine Kinder. Die sollen es mal besser haben als ich. Das habe ich viele kennen gelernt, die jetzt sagen, ‚ich tue jetzt alles für meine Kinder'.		[Ganz kurz, sonst.
00:37:30	Und der zweite Punkt ist, die Kita nach der ^ also sozusagen als Vorschule. Wenn es ein Vorschulkonzept gibt, das die Kinder wirklich vorbereitet, so wie es in Frankreich zum Beispiel ist, würde ich das auch befürworten. Und ^ die wir bieten in Brandenburg Kindergartenplätze an nach Bundesstandard. Wir machen das schon nach dem	[(uv.)	

		zweiten Lebensjahr. Da sind wir besser wie der Bund. Ich glaube, wir sind da wirklich gut. Und letzte und letzte Frage, Frau Enkelmann nochmal. Sie kratzen das Geld immer zusammen, indem Sie was bündeln oder was fördern. Ich kann Ihnen sagen, der Haushalt ist ausgequetscht. Wir müssen überlegen, wie wir Arbeitsplätze schaffen.		
00:38:00	[Frau Lidschreiber, einen, einen Punkt will ich trotzdem nochmal widersprechen. Ich habe nicht gesagt, dass arbeitslose Eltern nicht in der Lage sind ihre Kinder zu erziehen. Ich habe gesagt, wir müssen Realisten sein. Wir haben in manchen sozialen Milieus Verhältnisse, wo Kinder sich nicht gut entwickeln können und da haben wir eine Verantwortung.	Arbeitsplätze. Wenn Arbeitsplätze das wichtigste ist, ist alles andere nachrangig.	[Der Haushalt ist noch nicht ausgequetscht.	Entschuldigung, lassen Sie mich das jetzt festhalten. Wir sind uns. Wir sind uns einig. [Wir müssen weiter, sonst kommen wir nicht. [Herr Platzeck, ich glaube, das war klar. Es gibt – dass es einige Familien gibt. [Und wo auch die Ämter nicht immer hilfreich waren. Wir haben einige traurige und furchtbare Beispiele im Land. Ich glaube, die Zuschauer haben das verstanden. Ihnen geht es eigentlich
00:38:30				um was sehr Ge-

	meinsames. Die Kinder sind unsere Zukunft. Aber die Zukunft in Brandenburg, wie wird sie aussehen? Zur Zeit haben wir Abwanderung und wir haben, das hatten wir schon, Regionen, die sich schwer tun, sich weiterzuentwickeln. Zukunft Brandenburg. MAZ: „Wo immer die Welt am schönsten war, da war sie öd und leer.“ Als Fontane diesen Vers ersann, dachte er so gar nicht an sein geliebtes Brandenburg. Dabei passt
00:39:00	des Dichters Wort in unsere Tage. Brandenburg ist schön und schön leer. Bald jedenfalls an mancher Stelle. Was Experten dem Land prophezeien, wird zur größten Herausforderung für die Politik. Immer mehr Alte, immer weniger Junge. Immer mehr im Speckgürtel rund um Berlin, immer weniger am Brandenburger Rand. Hier hat das große Schrumpfen längst begonnen. Plattenbauten in Schwed, niemand braucht sie mehr.
00:39:30	Viele gehen weg, vor allem die Jungen. Brandenburg im Jahr 2020. Jeder Vierte wird

	dann ein Rentner sein. „Man hat es oder hat es nicht“, befand einst ganz keck der ganz große Dichter der Mark. Wer heute keine wirtschaftlichen Leuchttürme hat, bekommt auch keine mehr. Wo bisher nichts ist, dorthin werden Fördergelder immer seltener fließen. Zu viele Gewerbegebiete auf der grünen Wiese, die grün blieb.
00:40:00	Investitionen konzentrieren heißt, Brandenburgs Regionen werden sich dann noch ungleicher entwickeln. Was also tun in einem so geteilten Land? Viele schöne Straßen bauen? Eine neue Gebietsreform und dann mit Berlin fusionieren? Wie fabulierte Fontane: „Es ist ein weites Feld.“ In Brandenburg von heute kann man dies getrost interpretieren. LIDSCHREIBER: So, nochmal kurzer Blick auf unsere Zeitbilanz.
00:40:30	Der Ministerpräsident liegt immer noch vorn in Worten. Kurz und knapp gefolgt von Herrn Schönbohm und knapp gefolgt von Frau Enkelmann. Frau Enkelmann, Sie fordern in Ihren Wahlprogrammen Gerech-

	Also unser Wahlprogramm ist wesentlich konkreter auf die Probleme in Brandenburg ausgerichtet. ^ Wir wissen, dass es tatsächlich nach wie vor ungleiche Bedingungen in Brandenburg gibt. Und wir wissen, dass die Förderung,	tigkeit, Solidarität. Dass es allen gut geht und zwar allen gleich gut und auch noch überall. Wie wollen Sie das denn durchsetzen?
00:41:00	die Wirtschaftsförderung, die beispielsweise in den letzten Jahren gemacht worden, genau sozusagen nicht dort angesetzt hat, wo es dringend notwendig ist. Ich sage nochmal eins zu den Großprojekten, die angeblich so gut gelaufen sind. Guckt man sich die an, Lassen Sie mich. Ich habe ja noch ein bisschen mehr Zeit als ^ die beiden Herrn, insofern kann ich vielleicht doch an dieser Stelle ein bisschen ausholen. Weil, nein, weil ich möchte an dieser Stelle eines deutlich machen. Es ist gefördert worden in eine Richtung, wo man sagen kann, hier ist das Prinzip Hoffnung geweckt	[Die hatten wir. Die Großprojekte. Das ist Vergangenheit. Wir müssen in die Zukunft. [Ich möchte Ihnen nur Gelegenheit geben, Ihren Wählern, Ihren möglichen, zu sagen, was Sie wollen.

		worden, mit den Großprojekten zum Beispiel. Hier sind politische Entscheidungen gefallen mit der Landesentwick-lungsgesellschaft zum Beispiel. Und man hat viel zu wenig darauf	
00:41:30	[Was meinen Sie damit? (uv.) die Landwirtschaft übernehmen?	geachtet, was sind denn die Potentiale dieses Landes Branden-burg. Und wie können wir ^ Für-derung tatsächlich wesentlich flexi^ flexibler ansetzen. Was mir zum Beispiel über-haupt nicht reicht: Landwirtschaft. Wir hatten, ^ zu DDR-Zeiten war das so, das Ha-velland oder (uv.) waren die Gemü-segärten Berlins. Heute kommen fünf Prozent der landwirtschaftli-chen Produkte, die in Berlin über-haupt nur verkauft werden, kommen aus Brandenburg. Das ist zu wenig. Das heißt, wir sind gefordert, wenn wir politisch verantwortungsbe wusst handeln, genau zu prüfen, warum. Lassen Sie mich bitte doch mal reden. Lassen Sie mich doch mal ausre-den.	
00:42:00		Genau hinzuse-hen, mit dem Ein-zelhandelsver-band zu reden, mit den Unterneh-	

		men zu reden, mit den Landwirten zu reden. Und genau zu untersuchen, woran liegt es. Weshalb kommen nicht mehr Produkte zum Beispiel nach Berlin. Und dann liegt es nicht an den Unternehmen, die wir haben, sondern liegt es daran, dass Berlin natürlich Versorgungssicherheit braucht und entsprechende Produktmengen. Also was brauchen wir speziell und wo muss Förderung ansetzen. Das ist Logistik, das ist tatsächlich in Richtung Erzeuger^gemeinschaften in der Landwirtschaft, um tatsächlich die Produkte zusammenzuführen, um dann nach Berlin zu kommen.	[Aber wie wollen Sie das machen?
00:42:30	[Der Markt kann das machen.	Bedarf besteht auf alle Fälle. Aber genau hier muss Förderung ansetzen. Potential. Nein, Sie haben doch so oft in den Markt eingegriffen. Also das hat doch schon wirklich nichts mehr mit ^ mit Marktwirtschaft zu tun an dieser Stelle. Aber ich sage, wenn wir [Das hat auch etwas mit Geld zu tun, aber es hat natürlich etwas	[Wie macht man das, Frau Enkelmann? [Mit Geld oder wie helfen Sie dem Land?

		mit Förderprogrammen zu tun, die ich auflegen mag, ^ auflegen muss und die genau an diesen Potentialen anlegen muss. Also ich muss genau hingucken, was brauchen denn die Regionen tatsächlich. Wenn ich beispielsweise eine Tourismusregion habe,	
00:43:00	Ja. Aber der Unterschied besteht darin, die Clusterbildung im industriellen Bereich geht aus von einer Dynamik der Industrie, die Hilfen bekommt. ^ Was Frau Enkelmann will, ist ja im Grunde genommen eine staatsgelenkte Versorgungssicherheit – Lassen Sie mich mal. Es gibt. Ja, die gibt es. Ja sicher, aber Sie wollen der Landwirtschaft sozusagen die Arbeit abnehmen	auch da muss ich gucken. Da entstehen ja auch schon [Ja. Gerne. [Es gibt doch Dynamik in der Landwirtschaft, Herr Schönbohm. Also	[Lassen Sie uns mal bei der Landwirtschaft bleiben. Das ist ja ein wichtiger Bereich für Brandenburg. Herr Schönbohm, das ist ja gar nicht so weit weg von der berühmten Clusterbildung im industriellen Bereich.
00:43:30	und dieses an die Märkte bringen. Ich sage mal in Teltow gibt es Teltower Rübchen, sehr		

	bekannt. Sie haben jetzt festgestellt, dass die Nachfrage nach Teltower Rübchen viel größer ist als die Produktion. Was passiert? Im nächsten Jahr werden mehr Teltower Rübchen angebaut. Der Spargel aus Beelitz geht mit Masse nach Berlin, Frau Enkelmann. Und zu günstigen Preisen. Also die Landwirtschaft, ich habe mich bei Kartoffelbauern erkundigt, die Masse der Kartoffeln verkaufen sie nach Berlin, oder über Großbetriebe, wenn sie gelistet sind. Und diese Dynamik des ^ des Marktes sollten wir unterstützen, indem wir am Marktzugang Mechanismen haben,		
00:44:00	aber keine Förderprogramme. Marktzugangsmechanismus. Dass wir die ^ Firmen beraten, wie sie in Märkte reinkommen, in die sie bisher nicht gekommen sind. Also, wie lässt man sich listen, also dass man in eine in eine große, beispielsweise Aldi oder Lidl, in solch eine Kette hineinkommt. Wie kann man sich neue Märkte erschließen, also im benachbarten Ausland.		[Was ist das? Ein Marktzugangsmechanismus? Also da würden Sie Ihre Berater schicken. Wie auch

			immer Sie mit diesen beiden Rezepten das anpacken. Herr Platzeck, ist es nicht doch so, dass manche Regionen
00:44:30	Also ich will ein Wort noch zur Landwirtschaft sagen, weil eins lasse ich nicht stehen, dass irgendwie [Ich sage das gleich mit dem aus. Das hängt ja das eine mit dem anderen zusammen. Wir haben es geschafft, weil wir nicht auf die Ratschläge gehört haben und da waren wir gut beraten seinerzeit, Anfang der 90er Jahre, die Strukturen in der Landwirtschaft nicht völlig aufzulösen. Sondern wir haben ermuntert, große Arbeitszusammenhänge, sprich in der Landwirtschaft heißt das große Flächenzusammenhänge, zu lassen.		ausbluten? Der Bundespräsident hat uns gemahnt, Sie gemahnt, man muss auch vor Wahlen ehrlich sein. [Können Sie gleich zurückkommen. Lassen Sie das mal.
00:45:00	Das macht uns heute, versetzt uns heute in die Lage einer der erfolgreichsten Landwirtschaften der ganzen Bundesrepublik zu haben. Die Landwirtschaft stellt heute das Rückgrat, das Rückgrat des gesamten ländlichen		

	Raumes in Brandenburg dar mit einer sehr hohen Produktivität. Die Achilles-Ferse, der wir uns jetzt widmen, ist, dass die Verarbeitungstiefe noch nicht den Grad hat, den ich mir wünschen würde. Und deshalb werden wir, das geht jetzt gerade in diesen Wochen los, Stück für Stück, darauf Wert legen, dass nicht nur hervorragend produziert wird, und das beherrschen unsere Bauern wirklich 1a, sondern das möglichst viel	
00:45:30	von diesen Produkten auch hier vor Ort weiter verarbeitet wird. Dritter Punkt, wir werden es nicht verhindern können, es hat, es ist ja längst eingetreten, dass nicht in allen Regionen unsere industrielle Entwicklung Fuß fasst. Und wir müssen auch klar und ehrlich sagen, und das sage ich an jedem Ort, wo ich bin, und ich bin jeden Tag mindestens auf drei, vier Marktplätzen, wir werden nicht mehr in jedem Dorf fördern können. Das heißt, dass das, was wir mit Clusterbildung, Schwerpunktbildung und vielen anderen Dingen bezeichnen, wird nicht von der Uckermark bis runter in Elbe-Elster-Kreis Raum greifen.	
00:46:00	Aber eins sage ich	

	genauso klar. Ich werde nicht auf die Ratschläge hören, so den äußeren Entwicklungsraum erst mal liegen zu lassen und sich nur mit dem Speckgürtel, mit dem engeren Verflechtungsraum um Berlin zu beschäftigen. Ich werde mit dafür wirken, dass die innere Einheit unseres Landes gewahrt wird. Denn ein Punkt ist nicht weg zu diskutieren. Von fünf Wertschöpfungszentren in Brandenburg liegen vier im äußeren Entwicklungsraum. Und die werden wir weiter pflegen und hegen.		Darauf – Das ist die Botschaft, die Sie jetzt
00:46:30			zu diesem Punkt an die Wählerinnen geben. Bundeskanzler Schröder hat am Wochenende gewarnt davor, dass der zunehmende Rechtsextremismus im Land Investoren, vor allem ausländische Investoren, abschreckt. Und das ist, was ein Land, wie Brandenburg, nun gar nicht gebrauchen kann. Herr Schönbohm, Sie haben es eigentlich Jahr für Jahr wiederholt. Die rechtsextremistische Kultur, Jugendkultur ist für Sie die Sorge Nummer eins oder eine der drängendsten Sorgen im Land.

			Und dies seit fünf Jahren. Warum ändert sich das nicht?
00:47:00		Der Innenminister ist dafür natürlich als letzter zuständig. Immer dann, wenn Entwicklungen falsch gelaufen sind. Das sind Entwicklungen, die beginnen im Elternhaus, in der Schule, in Betrieben. Und wenn wir jetzt beispielsweise in Nauen eine jugendliche Gruppe, gegen die jetzt ^ vom Generalstaatsanwalt ^ wegen Bandenbildung ermittelt wird, festgestellt haben, da waren das Schüler von einem Gymnasium und der Anführer war ein, ich glaube, ein Schüler der 13. Klasse. Wenn das keiner gemerkt hat, das kann ich mir gar nicht vorstellen.		
00:47:30		[Das ist genau das (uv.) Der Innenminister ist sozusagen der Letzte mit der Polizei und dem Staatsschutz dran. Wir haben sehr viel getan. Wir haben die Schraube der Repression, der Strafverfolgung, sehr streng angezogen und ich glaube, mehr können wir auch nicht machen. ^ Und darum geht es, um die Frage, wie setzen wir uns damit auseinander. Das ist eine Frage der Schulen, das ist		Das ist ja aber das Problem, dass weggeguckt wird, geduldet wird.

		auch eine Frage des Aktionsbündnisses gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, die da eine ganze Menge machen. Ich würde mir manchmal andere Akzente wünschen, aber das ist nicht wichtig. Bitte?	[Deren Gelder aber nicht mehr geworden sind, im Gegenteil.
00:48:00		Ja, es sind da aber auch weniger Jugendliche inhaftiert, wo man gucken muss. Das muss man ja auch mal sagen, von der Zahl her gehen die die ja auch zurück. Aber die weiß auch nicht ob das Geld immer richtig ausgegeben wurde. Aber das ist, ist nicht so wichtig. Der zweite Punkt ist, ich glaube mal, das muss man auch mal sehr deutlich sagen, wenn die PDS in die Regierung käme, hätte das auch Auswirkungen auf Investoren. Und zwar negative. [Das kann man am Beispiel (uv.) mal deutlich machen.	Deren Gelder aber auch unter die Kürzungen fallen? Lassen Sie und nochmal bei dem, was der Bundeskanzler, vor dem der Bundeskanzler gewarnt hat. Frau Enkelmann, bei den Anti-Hartz-Demonstrationen
00:48:30			sind PDS-Anhänger schon mal Seite an Seite mit Rechtsextremisten gelaufen. Dafür können Sie nichts, aber ist das

	[Das können Sie ja auch. Aber die Investoren entscheiden das, Frau Enkelmann. – Die Investoren entscheiden das.	Also ich finde es erst mal unerhört, Herr Innenminister, dass Sie hier sozusagen PDS und Rechtsextremismus in einen Topf werfen als Investorenschreck. Das finde ich, das weise ich an dieser Stelle auch ganz klar zurück. Weil das hat. Also es ist wirklich Unfug. Berlin und Mecklenburg-Vorpommern machen da auch andere,	eine Gefahr oder eine Tendenz, wo die PDS auch manchmal die Augen zumacht?
00:49:00	[Berlin ist was anderes, aber.	zeigen auch anderes. Es gibt die Ansiedlung von Coca-Cola zum Beispiel in Berlin und von ^ Ansiedlern der Bi ^Biotechnologie in Mecklenburg-Vorpommern. Also das hat ganz. Es gibt schöne Beispiele dafür, dass die PDS kein Investorenschreck ist. Dass es nicht die Frage ist, wer regiert, sondern welche Bedingungen für Investoren geschaffen werden. Das möchte ich an dieser Stelle zumindest nochmal noch sagen.	[An Sie beide. Wir haben nur noch fünf Minuten Sendezeit und das ist ein sehr ernstes Thema. Deswegen an Sie nochmal

			kurz die Frage, was Sie tun würden, um dieses ‚Gespenst‘, nenne ich es mal, aus dem Land zu treiben?
00:49:30	[Stimmt doch gar nicht. Bin ich doch gar nicht zuständig. Frau Enkelmann, das ist falsch, was Sie da sagen. Was Sie sagen ist falsch.	Also erstens wir brauchen ein breites demokratisches Bündnis gegen Rechts in diesem Land. Und wir brauchen natürlich weiter auch die Regionalstellen und Sie haben darauf hingewiesen, dass da in den letzten Jahren erheblich gekürzt worden ist auf Veranlassung des Innenministers. An dieser Stelle brauchen wir tatsächlich mehr Stellen, die auch vor Ort wirken, die dann also gemeinsam, die in einer gemeinsamen Aktion nämlich Kommunalpolitiker, Justiz, Polizei, auch Schule, ^Vereine, Verbände, die gemeinsam dagegen wirken. Was tatsächlich an, an ^ _	[(uv.) sind gekürzt worden.
00:50:00		[rechten ^ (uv.) in den Kommunen sich zeigen. Hier muss reagiert werden, hier muss schnell reagiert werden, hier muss	Lassen Sie mich nochmal einhaken. Sie hatten vorher gesagt

		in einem breiten demokratischen Konsens ^ reagiert werden. [Also ich bin selber am Wirken. Also erstens ist die PDS in vielen Bündnissen vor Ort mit drin. Ich bin selbst in einem Bündnis für Toleranz und Weltoffenheit in Bernau mit drinnen. Die hat heute, gerade heute ^ hat in Bernau eine solche ^ Demonstration gegen Rechts in Bernau stattgefunden. ^	[Sie sagen jetzt hier muss. Bei allen anderen Punkten hatten Sie gesagt, was Sie tun würden. Was würde die PDS in einer Regierung tun?
00:50:30	[(uv.) noch ein Wort dazu sagen.	Wir versuchen tatsächlich gemeinsam. Das hat auch was mit gegen Rechtsextremismus ^ zu tun. Diese Kundgebung hat heute zum Beispiel in Bernau stattgefunden. Da ist die PDS mit dabei. Die PDS ist überall dort, wo es tatsächlich gegen rechts ^ geht – dabei. (uv.) Ich will nur eins (uv.) Seite an Seite bei Hartzvier. Das stimmt einfach nicht. Das ist einfach falsch.	[Das binden wir jetzt mal zusammen. Wir haben. Wir haben noch zwei Minuten und das ist eine Frage. [Jetzt kommt eine Frage, die für Sie
	[Gegen Rechtsextremisten oder gegen Rechts? [Gut.		

		alle und für die Wähler richtig wichtig ist. Frau Enkelmann, der PDS-Chef hat heute früh gesagt, ‚Wir müssen
00:51:00	Ich will Ministerpräsidentin werden. Wenn es gelingt mit dieser ^ wenn es gelingt und wenn es eine Chance gibt, tatsächlich endlich einen Bruch mit der Politik der großen Koalition zu erreichen, einen Politikwechsel zu erreichen, zu mehr sozialer Gerechtigkeit in diesem Land, zu mehr Beschäftigung und zu einer anderen Wirtschaftspolitik. Wenn das so ist, dann bin ich bereit Ministerpräsidentin dieses Landes zu werden.	eigentlich nicht unbedingt regieren.' Wollen Sie Ministerpräsidentin werden? [Und wer ist Ihr Partner?
	Ja, das ist übersichtlich im Land Brandenburg. Hier kommt ein Partner in Frage und dann müssten Sie schon	Und wer ist Ihr Partner? Welche Partei?
00:51:30	Fragen, ob dieser Partner ^ bereit wäre sozusagen nach gemeinsamen Politikinhalten nach der Wahl zu suchen.	

	Also ich hatte mich eben gemeldet zu dem Thema, weil ich es wirklich für ein wichtiges halte, das ist Rechtsextremismus. Ich finde es nicht richtig, Kollege Schönbohm, und das ist mir auch fremd. Das ist mir auch fremd, PDS und Rechts-extremiste ^ Rechtsextremisten in einen Topf zu werfen. Das hilft uns nicht. Ich möchte Ministerpräsident sein. Wir brauchen für die schwierigen Jahre eine stabile Regierung. Um eine stabile Regierung zu kriegen, braucht man eine hohe Wahlbeteiligung,		Herr Platzeck, Sie sind gefragt als Partner? [Herr Platzeck, wir schaffen das nicht mehr. Wir schaffen das…
	weil nur die der Garant ist, dass Rechtsextremisten nicht das Bild dieses Landes mit prägen, weil das würde unserem Land eklatant schaden. Und das müssen wir verhindern.		
00:52:00	Diese schönen Fraugen, die damit zusammenhängen, Kollegen von Ihnen haben mir neulich zwölf Modelle vorgeschlagen, die theoretisch möglich wären, dieses Land zu		Und die Frage nach der Partnerschaft. Würden Sie mit der PDS eine Koalition eingehen?

	regieren, werden wir hingebungsvoll, auch gerne mit Ihnen zusammen, alle am 19. ab 18 Uhr diskutieren. Bis dahin haben wir Wahlkampf. Das ist dieses Mal ein richtiger Wahlkampf.		
00:52:30	Und wir werden uns bemühen, ein möglichst gutes Stimmergebnis für die Sozialdemokratie zu kriegen. Ich würde gerne dafür, und ich kämpfe dafür, dass Wählerinnen und Wähler überzeugt werden, sich unserem Programm zu nähern, zu – uns zu wählen letztlich und alles andere, dann werden sie sich nämlich auch am besten wiederfinden.		[Nun in aller Fairness für die Wähler. Die wählen ja in jedem Fall nicht nur eine Partei. Die wollen schon wissen, wie würde diese Koalition aussehen? Ganz kurz, geben Sie noch einen kleinen Hinweis, welche Programme eher zu den Ihren passen würden.
00:53:00	Denn je mehr Stimmen sie uns geben, umso mehr sozialdemokratische Politik wird im Land dann auch umgesetzt werden. Alles andere diskutieren wir danach in ganz ordentlichen Verhandlungen.		Das hat jetzt nicht nur was mit Koali-

	Ich gehe davon aus, dass wir stärkste Partei werden und dann ist der Wunschpartner die SPD. Viele Wähler sind noch unentschlossen. Die nächsten fünf Tage ist noch eine ganze Menge zu tun. Die PDS kommt für uns nicht in Frage. Von daher gesehen, ja ist es so. Und das müssen die Wähler		tionsstrategie zu tun, sondern auch mit dem Zeitkonto, auf dem Herr Schönbohm nämlich hinten liegt. Ihr Wunschpartner?
00:53:30	und Wählerinnen entscheiden. Ich will noch eine Sache sagen. ^ Nochmal. SPD und DVU, die sind zusammen aufgetreten, als der Ministerpräsident ge-redet hat. Das ist einfach factum. Darauf habe ich hingewiesen. Mehr wollte ich nicht machen. (uv.) Das kann man nachweisen.	[Sie sind auf keinen Fall zusammen aufgetreten, Herr Schönbohm. Ich glaube, die Semantik ist Ihnen, glaube ich, auch irgendwo sehr bewusst.	[Vielen Dank an Sie alle drei. Sie waren sehr diszipliniert und ziemlich in der Zeit und wir sind am Ende mit unserer Zeit, liebe Zuschauer. Es ist gesagt worden, das Allerwichtigste ist, Sie gehen zur Wahl. Gehen Sie zur Wahl
00:54:00	Danke.		am nächsten Sonntag. Machen Sie Gebrauch von Ihrem demokratischen Recht, sich zu äußern. Das war unsere Sendung

	und noch viel Vergnügen im RBB und vielen Dank an Sie.